



MONEY MATTERS

wirtschafts- und
haushaltspolitischen
Themen aus Europa



MM #15

Bankenkrise vor den Toren Europas +++ EU-Haushalt 2024 +++ Green Bonds Standards

Liebe Freund*innen, liebe Interessierte,

Am 15. März diskutierte das Europäische Parlament in Form einer Plenardebatte die Pleite der Silicon Valley Bank und dessen Auswirkungen auf die Finanzstabilität in Europa, lest ihr hier. Außerdem steht das Verfahren für den EU-Haushalt 2024 an und es wird besonders herausfordernd sein. Ich zeige euch, welche Prioritäten wir setzen wollen und was sich im Vergleich zum EU-Haushalt 2023 ändern wird. Zusätzlich werfen wir einen Blick auf sogenannte Green Bonds Standards, auf die sich das EU-Parlament und der EU-Rat in der Green-Bond-Verordnung geeinigt haben.

Inhalt des Briefings:

1. Bankenkrise vor den Toren Europas

- **Hintergrund** der Plenardebatte
- **Grüne Botschaften**
- Was sind die ersten Lektionen aus der **Bankenkrise in den USA?**
- Was sind die **möglichen Auswirkungen** auf die EU?
- Geldpolitischer Dialog mit EZB-Präsidentin **Christine Lagarde**

2. Die grünen Prioritäten im Haushalt 2024

3. Green Bonds Standards

1. Bankenkrise vor den Toren Europas

Am 15. März diskutierte das Europäische Parlament in Form einer Plenardebatte die Pleite der Silicon Valley Bank und dessen Auswirkungen auf die Finanzstabilität in Europa. Seitdem hat mit Credit Suisse die Bankenkrise auch Europa erreicht.

Unter folgendem Link finden Sie meinen Redebeitrag in der Plenardebatte:

[Plenardebatte: Silicone Valley Bank | Wir brauchen stärkere Bankenregulierungen und bessere Risikovorsorge](#)

Hintergrund der Plenardebatte:

Die Silicon Valley Bank (SVB) ist am Freitag den 10. März kollabiert. Es ist die größte Bankenpleite in den USA seit der Finanzkrise 2008 – bei der Silicon Valley Bank handelt es sich um die 16. größte Bank der USA. Die Auswirkungen könnten schwerwiegend für das gesamte globale Bankensystem und die Wirtschaft sein, obwohl noch viele Unsicherheiten über die genauen Folgeeffekte des Scheiterns bestehen.

Die Silicon Valley Bank ist -wie der Name schon vermuten lässt- eine Bank, die sich auf die Kreditvergabe an und Einlagen von Technologieunternehmen spezialisiert hat.

Nach Jahren des Kapitalüberflusses veränderten die steigenden Zinsen das finanzielle Umfeld für Technologieunternehmen drastisch und veranlassten viele von ihnen, ihr Geld von ihren Einlagen bei der SVB abzuziehen.

Gleichzeitig hatte die SVB den Großteil ihres Kapitals in US-Staatsanleihen investiert. Das hätte unter anderen Bedingungen als ein umsichtiges Risikomanagement gelten können, ist es jedoch im Kontext eines massiven Zinsanstiegs nicht – denn wenn die Zinsen steigen, sinkt der Wert alter Anleihen, bis diese die gleiche Rendite wie die neuen Anleihen erreichen. Daher fiel der Wert der Vermögenswerte der SVB rasant, was bei ihren Einlegern, die vom US-Einlagenversicherungssystem weitgehend ungedeckt sind, Panik auslöste. Dies führte zu einem Bankrun-Phänomen, das die SVB zwang, Vermögenswerte (hauptsächlich US-Staatsanleihen) zu verkaufen und hohe Verluste einzufahren. In derselben Woche wurden auch zwei regionale Kryptobanken, Silvergate und Signature Bank, geschlossen.

Der Zusammenbruch der SVB wirft ein neues Licht auf die von Trump im Jahr 2018 vorgebrachte Deregulierungsagenda im Finanzsektor, um mittelständische Unternehmen (wie u.a. die SVB) von den umfassenden post-Finanzkrise regulatorischen Rahmenvorgaben auszunehmen und deren Compliance-Kosten zu senken.

Grüne Botschaften:

Wir dürfen auf keinen Fall die Lehren aus der Finanzkrise von 2008 aus dem Blick verlieren.

Unsere Fraktion im europäischen Parlament warnt seit langem vor der Gefahr des anhaltenden Trends der Deregulierung im Finanzsektor. Der Fall der SVB gibt uns damit Recht: Seit 2018 dank einem unter Trump verabschiedeten Gesetz, unterliegt die SVB lediglich geminderten regulatorischen Auflagen und behördlicher Kontrolle. Die Ausnahmen für mittelständische Unternehmen wurden in den USA so weit gefasst, dass selbst die SVB als 16-größte Bank der USA davon profitierte. Lediglich 14 Banken unterliegen in den USA den vollständigen Auflagen unter dem internationalen Baseler Abkommen zur Bankenregulierung (Zum Vergleich unterliegen in Europa laut EZB-Analysen 2200 Banken den Auflagen).

Doch diese Deregulierungstendenzen sind keine US-Spezifität: In den laufenden Verhandlungen zur EU-Bankenregulierung haben sich große Mitgliedstaaten und eine Mehrheit der Fraktionen im europäischen Parlament darauf verständigt, von internationalen Standards abzuweichen.

Die aktuelle Krise sollte ein Weckruf zur Vollendung der Bankenunion sein. Wir brauchen ein vollständig europäisiertes Einlagensicherungssystem, um allen Einlegern in der EU das gleiche Schutzniveau zu gewährleisten und das Phänomen des Bankensturms vorzubeugen. Es ist auch dringend an der Zeit, die Schlupflöcher im Abwicklungsrahmen der EU zu schließen, insbesondere in Bezug auf mittelgroße Banken. Dies sollte so bald wie möglich im Rahmen der Überprüfung des Rahmens für das Krisenmanagement und die Einlagensicherung erfolgen, für welche wir immer noch auf den längst überfälligen Kommissionsvorschlag warten.

Was sind die ersten Lektionen aus der Bankenkrise in den USA?

- Es ist eindeutig, dass die starke Straffung der Geldpolitik Risiken für die Stabilität der Finanzmärkte birgt: Wir könnten in den kommenden Wochen/Monaten weitere Geschäftsmodelle entdecken, die anfällig für aktuellen Zinserhöhungen der Zentralbanken sind.
- einige Beobachter*innen haben bereits darauf hingewiesen, dass die Aufsichtsbehörden angesichts der offensichtlichen Schwachstellen der SVB früher hätten handeln sollen. Dieser Zusammenbruch zeigt auch die Notwendigkeit hoher Kapitalanforderungen, um das Zusammenbrechen von Banken zu verhindern und sicherzustellen, dass eine bankrotte Bank vollständig gerettet werden kann. Dies ist auch eine langjährige Forderung der Grünen/EFA Fraktion.
- Deregulierung birgt enorme Risiken. Ein solcher Vorfall lässt Zweifel an dem auf beiden Seiten des Atlantiks aufkommenden Narrativs der „verhältnismäßigen“ Behandlung kleiner und mittlerer Banken aufkommen. Dieser Diskurs hat in den vergangenen Jahren wiederholt zu niedrigeren Anforderungen für besagte Unternehmen geführt, ohne dass die damit einhergehenden Risiken ordnungsgemäß analysiert wurden. '
- Der Technologiesektor ist anfällig für Veränderungen im Finanzumfeld. Der Technologiesektor war einer der Hauptnutznießer der Jahre des billigen Geldes und des Überflusses an Liquidität. Die Verschuldung dieses Sektors ist in die Höhe geschossen. Die Anhebung der Zinssätze könnte zu einer Gegenreaktion für diesen Sektor führen.
- Der Zusammenbruch der drei wichtigsten Krypto-Banken ist ein weiterer schwerer Schlag für den Kryptosektor nach dem Zusammenbruch von FTX im vergangenen Herbst und erhebliche Dominoeffekte sind nicht auszuschließen

Was sind die möglichen Auswirkungen auf die EU?

- Auswirkungen auf die bevorstehende Überarbeitung des Rahmens für Krisenmanagement und der Einlagensicherung (CMDI). SVB (und die beiden anderen insolventen Banken) waren mittelgroße Banken von begrenzter Bedeutung auf nationaler/globaler Ebene, aber von Relevanz auf staatlicher/sektoraler Ebene. Wie oben erwähnt, haben diese Banken von regulatorischen Entlastungsmaßnahmen, unter anderem in Bezug auf Stresstests und Abwicklungsplanung, profitiert. Die EU stand in der Vergangenheit vor ähnlichen Problemen, als mittelgroße Banken notgedrungen gerettet wurden, anstatt in die Abwicklung zu gehen. Die Schließung dieser Schlupflöcher ist das Hauptziel des bevorstehenden CMDI-Vorschlags, und die Lehren aus dem SVB-Fall müssen im Abwicklungsrahmen der EU dringend berücksichtigt werden.
- Auswirkungen auf EDIS (European Deposit Insurance Scheme). Das US-Einlagensicherungssystem, das Einlagen bis zu 250.000 \$ garantiert, hat sich als unzureichend herausgestellt, um einen Bankensturm zu verhindern und das Vertrauen der Einleger in das US-Bankensystem zu wahren. In derselben Situation wäre der Euroraum noch anfälliger gewesen, da ohne EDIS Einlagensicherungen bisher nur auf der nationalen Ebene geregelt ist
- SVB-Präsenz in Europa scheint begrenzt: Die SVB-Tochter in Großbritannien wurde umgehend unter ein Insolvenzverfahren gebracht und vergangene Woche gaben die britischen Behörden bekannt, dass die Tochtergesellschaft an HSBC UK verkauft wurde. Ebenso hat die Bafin (deutsche Bankenaufsicht) ein Moratorium über die deutsche Niederlassung der SVB verhängt und alle Zahlungen an und von Kunden vorübergehend blockiert.
- Risiken für die EU-Wirtschaft und den Finanzsektor: Die Auswirkungen dieser Bankenpleiten auf die Wirtschaft und den Finanzsektor der EU sind noch nicht klar. Obwohl die Präsenz der SVB in der EU begrenzt zu sein scheint, wissen wir nicht genau, wie viele Einleger in der EU betroffen sind.
- Risiken für die Finanzstabilität können von Spillover-Effekten, aber auch von den Folgen des Zinserhöhungen auf bestimmte Geschäftsmodelle ausgehen.

Geldpolitischer Dialog mit EZB-Präsidentin Christine Lagarde

Das Zusammenspiel zwischen der Zinspolitik der europäischen Zentralbank und Implikationen für die Finanzstabilität waren auch zentraler Bestandteil des regulären geldpolitischen Dialogs mit EZB-Präsidentin Christine Lagarde im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen (ECON) im europäischen Parlament am 10. März 2023.

Unter folgendem Link kann meine Frage an die EZB-Präsidentin zu dem Risiko einer Rezession eingesehen werden:

[ECB | rate hikes and the current situation on the financial markets \(Video, EN\)](#)

Untenstehend meine weiterführende Kommentierung der Debatte im Wirtschaftsausschuss:

- Die Bankenkrise erhöht das Rezessionsrisiko
- “Die Märkte sind in Aufruhr, die aktuelle Bankenkrise hat Europa erreicht, bei uns müssen jetzt alle Zeichen auf Alarm stehen.
- Wir müssen nun alles in unserer Macht stehende tun, damit die aktuelle Krise nicht auf die Banken im Euroraum und der EU überschwappt und negative Effekte auf die Wirtschaftslage bekommt.
- In den USA beobachten wir bereits, wie sie dafür sorgt, dass Banken weniger und zu teureren Bedingungen Kredite ausgeben. Die durch die Bankenkrise entstehende Unsicherheit verursacht also zusätzlich zur straffen Zinspolitik der Zentralbanken ein steigendes Rezessionsrisiko.
- Es ist richtig, dass die Zentralbanken sich zur Ausweitung der SWAP-Geschäfte entschlossen haben. Das allein reicht nicht aus, die aktuelle Krise wird zu einer größeren Zurückhaltung der Banken bei der Kreditvergabe führen. Aggressive Zinserhöhungen werden zusätzlich Wachstum abwürgen und uns in die Rezession stürzen.
- Die EZB sollte ihren Kurs in der Zinspolitik ändern. Die Entscheidung letzte Woche den Leitzins um 50 Basispunkte zu erhöhen war falsch.
- Präsidentin Lagarde hat bei der heutigen Anhörung Raum für Interpretation gelassen und betonte, dass die Entscheidung getroffen wurde, bevor auf die aktuelle Entwicklung im Bankenbereich eingegangen werden könnte. Wir fordern die EZB auf im nächsten Schritt ihre aggressive Zinspolitik zu beenden.
- Eine Rezession hat neben einer geringen Investitionsbereitschaft schmerzhaft Auswirkungen auf das Einkommen und den Arbeitsmarkt. Bankenpleiten und Millionen neue Arbeitslose sind ein zu großer Preis.”

Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen (ECON) über die Silicon Valley Bank-Pleite und die Auswirkungen auf die Finanzstabilität in Europa mit José Manuel Campa, Vorsitzenden der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde, und Andrea Enria, Vorsitzenden des Aufsichtsgremiums der EZB

Im Zusammenhang mit der Bankenkrise sowohl in den USA, als auch in der Schweiz, diskutierten auch José Manuel Campa, der Vorsitzende der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde, und Andrea Enria, der Vorsitzenden des Aufsichtsgremiums der EZB mit den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am 21.03.2023.

Sowohl Herr Enria, als auch Herr Campa betonten gegenüber den Abgeordneten wiederholt, dass der europäische Bankensektor resilient sei und dass dies nicht zuletzt dank der flächendeckenden Anwendung von von Kapital- und Liquiditätsanforderungen, sowie Stresstests für Banken in der EU der Fall sei. Auch würden ihre Analysen ergeben, dass die Unternehmensmodelle europäischer Banken diversifizierter und somit weniger anfällig für Veränderung in der Zinspolitik seien. In den USA sei dies weitgehend nicht der Fall gewesen. In diesem Zusammenhang wurde aber auch betont, dass es eine lang stehende Position der europäischen Aufsichtsbehörden ist, dass jegliche Abweichungen von der Implementierung des Basler Abkommens in der EU eine Schwächung der globalen Resilienz des

Bankensystems bedeuten würde.

Die Aufzeichnung der Ausschussanhörung kann unter folgendem Link gefunden werden:
[Committee on Economic and Monetary Affairs \(Aufzeichnung 21.03.2023\)](#)

Rasmus Andresen, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen und Sprecher der deutschen Grünen im europäischen Parlament kommentiert:

“Es ist wichtig und nachvollziehbar, dass sich die europäische Bankenaufsicht nun darum bemüht, die Finanzmärkte zu beruhigen und das Vertrauen in die europäische Finanzstabilität aufrechtzuerhalten. Doch wir dürfen nicht in Selbstgefälligkeit verfallen und uns darauf ausruhen, mit dem Finger auf die lückenhafte Bankenregulierung in den USA zu zeigen.

Die Bankenkrise muss ein dringender Weckruf sein, unsere eigenen Hausaufgaben zu machen. Bei den Stresstests, die aktuell durchgeführt werden, müssen die europäischen Banken dringend auf Herz und Nieren geprüft werden, um tatsächlich Vertrauen in deren Belastbarkeit herzustellen.

Nicht nur die USA weichen vom internationalen Baseler Abkommen zur Bankenregulierung ab, sondern auch in der EU wollen viele Mitgliedsstaaten und Gesetzgeber das Abkommen nur teilweise umsetzen. Wir schließen uns dem ausdrücklichen Aufruf der Bankenaufsichtsbehörde an und appellieren für eine vollständige umfassende Umsetzung des Baseler Abkommens, im Sinne eines robusten und krisenfesten Bankensektors.”

2. Die grünen Prioritäten im Haushalt 2024

Das Verfahren für den EU-Haushalt 2024 steht an und es wird besonders herausfordernd sein.

Erstens gibt es eine Reihe von Faktoren, die aus den Haushaltsverhandlungen von 2023 übernommen wurden und auch 2024 ein Thema bleiben werden: die neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, der Energiekrise, den Auswirkungen des Klimawandels und der Pandemie, der Inflation und den geopolitischen Veränderungen, werden die Haushaltsverhandlungen weiterhin prägen.

Zweitens führten die vorangegangenen Krisenjahre zu einer Erschöpfung der Margen in mehreren Rubriken, was den Handlungsspielraum noch weiter einschränken wird. Darüber hinaus sind in diesem Jahr weitere große neue Projekte in der Pipeline, die sich möglicherweise auf die verfügbaren Haushaltsmittel auswirken (z.B. der Verteidigungsbeschaffungsfonds oder der Europäische Souveränitätsfonds).

Sofern die in diesem Jahr erwartete Überarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens keine ausreichenden Anhebungen der Obergrenzen vorschlägt, wird es nur sehr wenig Geld zu verhandeln geben. Es wird auch von entscheidender Bedeutung sein, sicherzustellen, dass der Vorschlag für die Überarbeitung des Geldmarktfonds so mit dem Haushaltsverfahren in Einklang gebracht wird, dass die Position des Parlaments und die demokratische Rechenschaftspflicht des Prozesses nicht untergraben werden.

Drittens wird der Haushalt 2024 der Haushalt für das Wahljahr der EU-Wahlen sein, was die Verhandlungen besonders brisant machen wird. Wir müssen uns einer möglichen Politisierung von Themen bewusst sein, die in einem "normalen" Haushaltsjahr weniger problematisch sein könnten.

Wir Grünen haben dieses Jahr folgende Prioritäten: Klima, Biodiversität sowie Demokratie und internationale Solidarität.

Klima- und Biodiversität sind unsere langjährigen Schwerpunkte, die wir in jedem jährlichen Haushaltsverfahren verteidigen. Zusätzlich zu den vorrangigen Programmen werden wir uns weiterhin für Klima-, Biodiversitäts- und Gender-Mainstreaming-Aspekte im EU-Haushalt einsetzen. Wir werden das Gender-Budgeting fördern und sicherstellen, dass der EU-Haushalt 2024 das Do-No-Significant-Harm-Prinzip uneingeschränkt respektiert.

Demokratie und internationale Solidarität sind eine weitere Priorität, um den wichtigsten politischen Herausforderungen des Jahres 2024 zuvorzukommen, in denen wir mit der Bedrohung durch den Rechtspopulismus und durch konservative politische Kräfte rechnen können, die diese Werte angreifen. Deshalb wollen wir Grüne in den Haushaltsverhandlungen 2024 ein starkes Zeichen für Demokratie, Freiheiten und internationale Solidarität setzen.

Unsere Änderungsanträge (www.europarl.europa.eu/doceo/document/BUDG-AM-745210_EN.pdf) in dem aktuellen Bericht (www.europarl.europa.eu/doceo/document/BUDG-PR-742451_EN.pdf) zu den Richtlinien zum EU Haushalt 2024 gehen in diese Richtung.

So fordern wir zum Beispiel konkret die EU-Kommission dazu auf, die Budgethilfe für das LIFE-Programm und alle anderen Programme, die den Naturschutz unterstützen und schutzbedürftige Bürger*innen stärken, weiter aufzustocken sowie bereits vorhandene Mittel effizienter einzusetzen.

Des Weiteren fordern wir die besondere Beachtung der EU-Kommission bei der Förderung europäischer Werte, der Kultur und der Bürgerrechte und beim Aufbau widerstandsfähiger Gesellschaften sowie bei der Unterstützung der Grundprinzipien Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität, Inklusion, Gerechtigkeit, Nichtdiskriminierung und Gleichstellung, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter. Wir setzen uns hier für eine Aufstockung der Mittel für das Programm „Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ ein. Ein zentrales Thema in unseren Prioritäten ist auch die Nicht-Instrumentalisierung des EU-Haushaltes für Grenzzäune an den EU-Außengrenzen. In einem gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen von Renew, den Sozialdemokraten und der Linken fordern wir, dass der EU-Haushalt auf keinen Fall als Finanzierungsinstrument für Grenzzäune oder Mauern an den EU-Außengrenzen verwendet werden darf.

Gerade laufen die Verhandlungen im EU-Parlament zu der Parlamentsposition. Die Abstimmung im Ausschuss erfolgt am 27. März 2023, die Abstimmung im Plenum ist für die April-Plenarwoche geplant.

Im Juni will die EU-Kommission einen Vorschlag zum Haushalt 2024 unterbreiten, im Juli soll der Rat seine Position vorlegen. Im Herbst soll dann das Haushaltsverfahren mit einer ausgearbeiteten EP-Position und konkreten Haushaltsanträgen aufgenommen werden.

3. Green Bonds Standard

Am Dienstag, den 28.2.2023 haben das EU-Parlament und der Minister*innen-Rat eine vorläufige Einigung zur europäischen Green-Bond-Verordnung erzielt.

Die Kommission hatte im Juli 2021 einen Vorschlag zur Festlegung eines „Goldstandards“ (finance.ec.europa.eu/publications/commission-proposal-european-green-bond-standard_en) dafür vorgelegt, wie Unternehmen und öffentliche Stellen Anleihen nutzen können, um Mittel auf den Kapitalmärkten zur Finanzierung grüner Investitionen aufzunehmen. Der Vorschlag der Kommission sah vor, dass die Anleihegeber 100% der durch ihre Anleihe aufgebrauchten Mittel (Erlöse) bis zur Fälligkeit der Anleihe für Wirtschaftstätigkeiten, die an der EU-Taxonomie ausgerichtet sein sollten, verwenden müssen. Der Standard sollte jedoch freiwillig sein, was bedeutet, dass andere Anleihen weiterhin als grün gekennzeichnet werden, ohne die Anforderungen der Verordnung zu erfüllen. Ein System zur Kontrolle dieser Anleihen (zusätzlich zur Aufsicht der nationalen Behörden) sollte durch externe Prüfer stattfinden, die von der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) zugelassen wurden.

Das Europäische Parlament hat versucht, den gesamten Markt für grüne Anleihen besser zu regulieren, anstatt nur das Label für europäische grüne Anleihen (EuGB) einzuführen. Für alle als grün vermarkteten Anleihen wurden Transparenzanforderungen in der vor- und nachvertraglichen Phase gefordert. Dazu gehört die Angleichung an die Taxonomie-Gesetzgebung zur Verwendung der Erträge aus den Anleihen sowie die Prüfung, inwieweit die einzelne grüne Anleihe zur Ausrichtung der Taxonomie des Anleihegebers als Ganzes beiträgt.

Ziel des EP war es, „Green Washing“ zu vermeiden und Investoren die Möglichkeit zu geben, das Green Bond Label der EU mit anderen bestehenden Green Bonds zu vergleichen. Darüber hinaus wurde eine deutlich strengere Behandlung von Übergangstätigkeiten (kürzerer Bestandsschutz) angewandt und eine deutlich erhöhte Transparenz eingeführt, um deutlich zu machen, ob Anleiheerlöse im Gas- oder Nuklearsektor verwendet werden.

Die Position des Rates ging in die entgegengesetzte Richtung. Es wurden die sogenannten „Flexibilitätstaschen“ eingeführt, die es ermöglichen, 20% der Anleiheerlöse für Aktivitäten zu verwenden, die nicht auf die Taxonomie ausgerichtet sind (entweder für internationale Klimaschutzmaßnahmen oder weil für bestimmte wirtschaftliche Aktivitäten noch keine technischen Prüfkriterien für die Taxonomie entwickelt wurden). Jegliche Bestimmungen im Text zur Regulierung des gesamten Green-Bond-Marktes wurden vehement abgelehnt.

Das Ergebnis des Trilogs ist gemischt:

- Bis zu 15 % eingeführte Flexibilitätstaschen. (Keine 100-prozentige Taxonomie-Angleichung, sondern nur 85 %, was eine zentrale Forderung des Rates war)
- Zusätzliche Transparenz für Erlöse aus Anleihen, die für Gas oder Kernkraft verwendet werden.
- Keine besonderen Anforderungen für Übergangstätigkeiten, aber die EK ist verpflichtet, alle drei Jahre einen Bericht zu veröffentlichen, der die laufende Übereinstimmung der technischen Überprüfungskriterien für Übergangstätigkeiten mit den Anforderungen der Taxonomie-Verordnung bewertet. Dies kann als Grundlage dienen, um das Versäumnis der EK, diese Kriterien zu ändern, zu hinterfragen.

- Transparenz für andere Green Bonds als freiwilliger Rahmen:

Vorvertraglich: Unverbindliche Leitlinien, aber EG-Politikerklärung zur Einführung verbindlicher Anforderungen bei der Überarbeitung der Prospektverordnung.

Nachvertraglich: Opt-in-Regelung für Emittenten, um Vorlagen zu befolgen, die von der EC entwickelt werden und zusätzliche Transparenz schaffen.

Wir begrüßen die zusätzliche Transparenz bei den Anleihen, die für Gas oder Atom verwendet werden. Es wäre zudem besser, zusätzliche Regeln für die Übergangsaktivitäten zu schaffen. Wir Grüne finden das Trilogergebnis durchwachsen und überlegen noch, wie wir uns bei der finalen Abstimmung positionieren.



Dir hat der Money Matters gefallen, dann empfehle den Newsletter weiter.

[Newsletter weiterempfehlen](#)

Du hast Feedback zu unseren Inhalten oder Themenvorschläge?

[Schreibe uns hier](#)

Die E-Mail kam über einen Verteiler?

Melde dich mit deiner eigenen E-Mail für unseren **Money Matters Newsletter** hier an:

[Anmeldung Money Matters Newsletter](#)

Möchtest du mehr allgemein über meine Arbeit im Europäischen Parlament erfahren? Dann melde dich für unseren **Europa Newsletter** an

[Anmeldung Europa Newsletter](#)

Copyright © 2023, MEP Rasmus Andresen, All rights reserved.
www.rasmus-andresen.eu

Europäisches Parlament
08 G 115
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel

[Web-Ansicht](#) | [Webview](#) | [Aperçu web](#)

[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)